

Österreich: Evangelikale betreiben in Schulen Aufklärung

LGBTI-Aktivistinnen und Oppositionspolitiker kritisieren die konservativ-rechtspopulistische Regierung in Wien, weil sie Homo-"Heilern" an öffentlichen Schulen keinen Einhalt gebietet.

Vor einem halben Jahr machte die Homosexuelle Initiative (HOSI) Salzburg publik, dass der christliche Verein "Teen-Star" an Schulen Sexualaufklärung betreibt, obwohl der Verein "homophobe Ansichten verbreitet" – etwa, dass Homosexualität "heilbar" sei. Am Donnerstag meldete sich die HOSI Salzburg wieder zu Wort, weil das österreichische Bildungsministerium noch immer nicht reagiert habe, wie aus parlamentarischen Anfragen hervorgehe.



Das vom parteilosen Geographie-Professor Heinz Faßmann geführte Bildungsministerium kündigte im letzten Sommer bereits ein Verbot an, ruderte dann aber wieder zurück und verwies schließlich auf einen Erlass, der bis Weihnachten 2018 veröffentlicht werden sollte. Bislang sei aber noch nichts passiert, zumindest nicht auf Bundesebene, beklagen die Aktivistinnen. Immerhin habe das Bundesland Salzburg bereits im Oktober "Teen-Star"-Workshops untersagt, bis das Ergebnis der Prüfung vorliege.

"Laut eigenen Angaben hat das Bundesministerium im Zeitraum von Oktober 2018 bis Januar 2019 die 'Teen-Star'-Unterlagen durch die im Ministerium angesiedelte Koordinationsstelle für Gesundheitsförderung prüfen lassen", erklärte Kathleen Schröder von der HOSI Salzburg. "Und das, obwohl wir die Unterlagen bereits am 6. August 2018 übergeben haben. Auf die Frage nach den Ergebnissen dieser Prüfung gibt das Bildungsministerium jedoch keine Auskunft. Was soll das? Mit Transparenz oder nachvollziehbaren Entscheidungen hat das nichts im Geringsten zu tun! Wir fordern die Offenlegung der Erkenntnisse zur 'Teen-Star'-Überprüfung", so Kathleen Schröder, die Bildungssprecherin der HOSI Salzburg.

HOSI: "Das Bildungsministerium betreibt ein Spiel auf Zeit"

Im Hintergrund betreibe "Teen-Star" in den letzten Wochen erhebliche Lobby-Arbeit, erklärte HOSI-Salzburg-Geschäftsführer Paul Haller. Unterstützt werde der Verein von "religiösen Hardlinern", einer professionellen Medienagentur und dem ehemaligen FPÖ-Politiker Ewald Stadler, der einst Homo-Paare als "pervers" bezeichnet hatte. "Das Bildungsministerium betreibt ein Spiel auf Zeit zugunsten von 'Teen-Star'. Die Inhalte des Vereins sind bekannt. Es ist unumstritten, dass diese Inhalte nicht mit dem Grundsatzertlass Sexualpädagogik und anderen rechtlichen Regelungen in Einklang zu bringen sind. Worauf wartet das Bildungsministerium?", fragte Haller.

Immerhin habe das Bildungsministerium angekündigt, eine Clearingstelle einrichten zu wollen. Diese solle Schulen dabei unterstützen, externe Angebote auf ihre Eignung für den Einsatz im Unterricht zu überprüfen.

SPÖ: Ministerium wälzt Verantwortung ab

Der Nationalratsabgeordnete Mario Lindner von der größten Oppositionspartei SPÖ zeigte sich entsetzt: "Man kann sich dem Eindruck schwer erwehren, dass der Minister die Verantwortung für den Umgang mit diesen und ähnlichen Inhalten auf die Lehrer*innen, die Schulen und die Bildungsdirektionen abwälzt", so der SPÖ-Sprecher für Gleichbehandlung. "Transparenz und ernstgemeinte

Überprüfungen sehen definitiv anders aus." Wenn der Minister die notwendigen Ergebnisse nicht von sich aus veröffentliche und entsprechende Konsequenzen ziehe, müsse die Opposition den Druck mit weiteren Anfragen erhöhen.

Die aus christsozialer ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ bestehende österreichische Bundesregierung ist LGBTI-Rechten gegenüber äußerst feindlich eingestellt. Das zeigt sich auch an ihrer Politik: So setzte Wien die vom Verfassungsgerichtshof angeordnete Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben nur teilweise um, indem sie am Ehe-Verbot für manche homosexuelle Ausländer festhielt.

queer.de / 10.2.2019